



Abstimmung vom 30. 11. 2014

Kleinere Klassen für eine grosse Zukunft.

2 x JA
zur Volksinitiative
Klassengrösse



20 Schüler sind genug.
Über 600 Klassen weisen
jedoch einen Bestand von
24 und mehr Schülern auf.

Kleinere Klassen für eine starke Schule

Bei der Bildung darf nicht gespart werden

■ HANSPETER AMSTUTZ,
ALT EVP-BILDUNGSRAT, FEHRALTORF

Die EVP unterstützt die eigene Volksinitiative für kleinere Klassen sowie den Gegenvorschlag dazu. Die Initiative verbessert die Rahmenbedingungen für guten Unterricht wesentlich umfassender als der Gegenvorschlag. Deshalb geben wir bei der Stichfrage unserer Initiative den Vorzug.

Die Klasse hat die Bänke für die Gruppenarbeiten umgestellt. Mit ein paar neckischen Sprüchen setzen sich die schlaksigen 15-Jährigen einer Oberstufenklasse in Dreier- und Vierergruppen zusammen. Sie haben Internetauszüge über das Leben afrikanischer Familien und Tierbücher über Grosskatzen und Elefanten auf den Tischen ausgebreitet. Jetzt gilt es, die Unterlagen zu sichten und das gemeinsame Gruppenkonzept zu erstellen. In den Vierergruppen kommt die Arbeit in Fahrt, weil initiative Schülerinnen die Aufträge verteilen. Weit mehr Aufmerksamkeit brauchen aber die beiden Dreiergruppen mit disziplinarisch auffälligen Schülern. Sie erfordern meine volle Präsenz, sonst läuft die Sache rasch aus dem Ruder. Ich bin froh, habe ich keine 24er-Klasse vor mir.

Der geschilderte Zustand mit übersichtlichen Platzverhältnissen bietet ganz andere Möglichkeiten für einen guten Unterricht als ein überfülltes Zimmer. Die Lehrperson hat Zeit, um die Arbeiten der einzelnen Schülerinnen und Schüler zu besprechen und kann die Klasse als Ganzes im Auge behalten. Mit jedem Schüler über 20 aber nimmt die Zeit für individuelles Fördern rapid ab. Diesen und weiteren Ansprüchen an eine mo-

derne Schule kann man nur in kleineren Klassen gerecht werden. Der Fremdsprachenunterricht bietet die Chance für einen kommunikativen Stil mit mehr Sprechgelegenheiten für jeden Einzelnen. Naturwissenschaftlicher Unterricht mit organisatorisch heiklen Schülerexperimenten gelingt fast nur in kleineren Klassen. Sonst droht im Physikzimmer das Chaos. Eigentlich ist es in den meisten Fächern von Vorteil, wenn eine Klasse nicht mehr als 20 Kinder aufweist, denn gute Schulqualität wird durch starke Lernbeziehungen geschaffen.

Ein fast zwingender Grund für kleinere Klassen ist die vermehrte Zuweisung verhaltensauffälliger Schülerinnen und Schüler in die Regelklassen. Eine besondere Belastung sind Kinder, die ein störendes Sozialverhalten aufweisen. Dazu kommt

noch eine zunehmende Zahl motorisch unruhiger Kinder mit einem Aufmerksamkeitsdefizit. Es gibt heute wohl kaum noch Klassen, wo lauter pflegeleichte Kinder am Unterricht teilnehmen.

Über 600 Klassen weisen einen Bestand von 24 und mehr Schülern auf. Ab 21 Schülern zähle jedes Kind doppelt und die ganz schwierigen etwa dreifach, wird in Lehrerkreisen durchaus begründet moniert. Die EVP will, dass die Lehrpersonen so unterrichten können, dass nicht die Hälfte der Pädagogen bereits nach fünf Jahren den Schuldienst wieder verlässt. Nach den gescheiterten Entlastungsmassnahmen für Klassenlehrpersonen ist die Volksinitiative der EVP für kleinere Klassen die richtige Antwort, um optimale Rahmenbedingungen für guten Unterricht zu schaffen.

EDITORIAL



Peter Reinhard
Kantonsrat/Fraktionspräsident, Kloten

Liebe Leserin, lieber Leser

Wenn sich die EVP für mehr Schulqualität dank kleinerer Klassen einsetzt, ist dies nachhaltig, denn es erhöht die langfristigen Chancen der Schweiz im nationalen und internationalen Rahmen. Nachhaltig ist es auch, wenn sich die EVP beispielsweise gegen das Bienensterben wehrt (S. 5). Es darf nicht sein, dass wir – wie etwa in China – Menschen einsetzen müssen, um Plantagen zu bestäuben. Vielmehr wollen wir unseren Lebensgrundlagen Sorge tragen. Deshalb ist es auch nachhaltig, wenn wir zu Ecopop Nein sagen (S. 2) und uns so gegen eine populistische Pseudonachhaltigkeit aussprechen. Wirklich nachhaltig ist es nur, wenn wir uns differenziert und langfristig auf Mensch und Umwelt ausrichten und die entsprechenden Informationen seriös einholen. Und besonders nachhaltig ist es, wenn wir all dies auch im Gebet vor Gott bringen.

NEIN zur Initiative «Stopp der Überbevölkerung»

Die Ecopop-Initiative löst kein Problem und schadet der Wirtschaft



Marianne Streiff
EVP-Nationalrätin, Bern

Die Initiative des Vereins ECOPOP «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» will für die Zuwanderung eine starre Obergrenze von 0,2% jährlich einführen. Ausserdem sollen 10% der Entwicklungshilfe in die Familienplanung fließen.

Einmal mehr greift eine Initiative ein echtes Problem auf, liefert dafür aber nur eine Scheinlösung. Das echte Problem: Der Bevölkerungszuwachs von jährlich 1% wird von sehr vielen Schweizern

als grosse Belastung von Infrastruktur und Umwelt empfunden. Die verunglückte Lösung: Eine starre zahlenmässige Beschränkung der Einwanderung ist nicht nur kaum umsetzbar, sondern schadet zudem der Wirtschaft massiv. Die benötigten qualifizierten Arbeitskräfte könnten nicht mehr einwandern. Völlig daneben ist zudem die Förderung der Familienplanung in Entwicklungsländern. Diese brauchen vielmehr eine Förderung der Bildung, insbesondere der Frauen.

Der Dichtestress in unserem Land ist hausgemacht. Es ist unser ökologischer Fussabdruck. Es nützt nichts, die Problematik an die Grenze und in die Entwicklungsländer zu verlagern. Die EVP-Delegierten haben die Initiative deshalb mit 67:7 Stimmen haushoch bachab geschickt.

IN KÜRZE

Wahlerfolg in Bauma

In Bauma fanden im Hinblick auf die Fusion mit Sternenberg Erneuerungswahlen statt. Als Gemeindepräsidentin wurde *Marianne Heimgartner* (EVP) ehrenvoll bestätigt. Neu in den Gemeinderat gewählt wurde EVP-Mitglied *Heidi Weiss*.

Solarstromanlage in Pfäffikon

Gestützt auf eine Petition der EVP errichtet die Gemeinde Pfäffikon ZH auf dem «Chesselhus» (Dorfsaal) eine Photovoltaik-Anlage, ohne die Zusicherung eines Bundesbeitrages (KEV) abzuwarten. EVP-Präsidentin *Ursula Longatti* freut sich über diesen Erfolg, auch wenn der Gemeinderat die zusätzlich angelegte Solarstrombörse abgelehnt hat.

Nullenergie-Haus

EVP-Mitglied *Werner Hässig* betreibt in Uster ein Engineering-Büro für Minergie-Häuser. Er hat ein grösseres Nullenergiehaus erstellt, wo er mit seiner Firma einziehen wird. Hässig ist wegen ihrer Nachhaltigkeits-Politik in die EVP eingetreten.

Nachhaltigkeit

Maja Ingold wehrt sich gegen Entwicklungshilfeprojekte des Bundes, welche die Finanzierung von Luxussiedlungen in El Salvador zulassen und dadurch die Rodung von Wäldern fördern.

Like gegen Rassismus

Die EVP wehrt sich im Facebook gegen Rassismus und fordert die Nutzer auf, ihre Meinung aktiv zu liken.

Menschenhandel

Eine Arbeitsgruppe unter Leitung von *Liliane Studer* wehrt sich gegen Menschenhandel und prüft ein skandinavisches Modell, welches hier ein gutes Beispiel sein könnte. Die Gruppe ist offen für weitere Mitglieder.

JA Abschaffung Pauschalsteuer

Keine Extrawurst für Millionäre aus dem Ausland



Maja Ingold
EVP-Nationalrätin
Winterthur

Reiche Ausländer, die in der Schweiz leben aber nicht arbeiten, können sich pauschal besteuern lassen.

Bei einer Pauschalbesteuerung dienen als Bemessungsgrundlage die Wohnkosten statt des tatsächlichen Einkommens und Vermögens. Begründet wird dies damit, dass in diesen Fällen eine ordentliche Veranlagung sehr komplex und

aufwändig ist. Die 5600 privilegierten Multimillionäre erbrachten 2012 nur ein halbes Prozent der Steuereinnahmen, weshalb davon auszugehen ist, dass sie im Vergleich zu einer ordentlichen Veranlagung erheblich weniger bezahlen.

Dies ist ungerecht gegenüber allen übrigen Steuerpflichtigen. Die Initiative will dieses Privileg abschaffen. Im Kanton Zürich ist dies bereits geschehen. Bei einer schweizweiten Abschaffung entfällt die Möglichkeit der Steuerflucht durch einen Wohnsitzwechsel innerhalb der Schweiz. Ins Ausland werden sich die wenigsten pauschal besteuerten Ausländer absetzen. Die EVP unterstützt deshalb die Initiative (73 Ja zu nur 5 Nein).

ANZEIGEN

Livenet

connecting people with God and one another

Surftipps

- jesus.ch - Evangelisation
- livenet.ch - News, Stellen, Agenda, Ermutigung
- beratungsverzeichnis.ch - Seelsorge & Beratung
- everyhome.ch, adoptiere.ch - Jedes Haus erreichen
- globaloutreachday.com - Sei mit dabei! - 30. Mai 2015

CVJM ZENTRUM HASLIBERG

Familienferien Gruppenaufenthalte Seminare

www.cvjm-zentrum.ch
+41 (0)33 972 10 50

NEIN zur Gold-Initiative

EVP gegen unnütze Goldberge

■ MAJA INGOLD, EVP-NATIONALRÄTIN, WINTERTHUR

Der Zustand der internationalen Finanzordnung ist zwar instabil. Eine Rückkehr zu der bis 1971 geltenden Goldbindung bringt jedoch keine Lösung und macht im Alleingang keinen Sinn.

Notenbanken mussten früher jederzeit eigene und fremde Zahlungsmittel in Gold tauschen

können. Als die USA 1971 die Goldbindung des Dollars aufhoben, brach das System fester Wechselkurse zusammen. Das Gold verlor damit seine Funktion als Anker der internationalen Währungsordnung. Daran kann die kleine Schweiz im Alleingang nichts ändern.

Bei einer Annahme der Initiative müsste die Nationalbank massiv Gold ankaufen. Dieser Goldberg würde ihre schwierige Aufgabe, den Franken zu

schützen, keineswegs erleichtern. Insbesondere wären Euro-Zukäufe, um die Schweizer Exportwirtschaft zu stützen, kaum mehr möglich. Zudem könnten die Goldreserven bei einer Normalisierung nicht mehr abgebaut werden, da die Initiative den Verkauf von Währungsgold verbietet. Mit Rezepten von vorgestern lassen sich die Probleme von heute und morgen nicht lösen. Die EVP empfiehlt deshalb zur Gold-Initiative ein NEIN (71 Nein, 1 Ja).

JA zur Tramverbindung Hardbrücke

Sinnvolle Entlastung des Stadtzentrums

■ CLAUDIA RABELBAUER, PRÄSIDENTIN EVP STADT ZÜRICH

In Zürich führen fast alle Tramlinien über den Hauptbahnhof, obwohl längst nicht alle Fahrgäste dorthin wollen. Die EVP steht voll hinter dem Projekt, das Zentrum durch eine neue Tramlinie über die Hardbrücke zu entlasten. Sie sagt JA zum Staatsbeitrag von 76,4 Mio. Franken.

Die neue Tramlinie führt vom Hardplatz über die Hardbrücke zum Schiffbau und von dort auf den bestehenden Gleisen weiter zum Escher Wyss-Platz. Die Haltestelle Hardbrücke beim Bahnhof

Hardbrücke, die bis jetzt nur von Bussen bedient ist, wird als Umsteigepunkt zwischen SBB und VBZ aufgewertet. Schon heute benützen 45 000 Fahrgäste täglich diesen Bahnhof. Auf den Autoverkehr sind keine negativen Auswirkungen zu erwarten.

Die Gesamtkosten des Projekts belaufen sich auf 129,6 Mio. Franken, der Beitrag des Kantons auf 76,4 Mio. Die Stadt hat ihren Beitrag bereits beschlossen, der Entscheid über den Bundesbeitrag steht noch aus. Der Staatsbeitrag ist von der SVP mit einem Referendum in Frage gestellt worden, weshalb darüber an der Urne zu entscheiden ist. Das JA der EVP ist unbestritten.



Claudia Rabelbauer muss noch bis Ende 2017 warten, bis sie hier auf das Tram umsteigen kann

NEIN zu Zwängerei am Bahnhof Stadelhofen

Gegen Finanzierung eines Bundesprojekts durch den Kanton

■ Gerhard Fischer, EVP-Kantonsrat, Bärenswil

Dem Titel der Initiative «Bahnhof Stadelhofen: pünktlich und zuverlässig» stimmen wir zu. Einigkeit besteht auch darüber, dass dafür ein 4. Gleis nötig ist. Warum denn in dieser Situation die Initiative ablehnen?

Die SBB gehören dem Bund. Der dringend nötige Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen ist deshalb Sache des Bundes. Dieser ist gewillt, das Projekt zu realisieren. Unter diesen Umständen ist es widersinnig, den Ausbau auf Kosten des Kantons Zürich vorzunehmen. Dieser würde für das 4. Gleis sozusagen doppelt bezahlen, da sein jährlicher stolzer Beitrag an den Bahninfrastrukturfonds nicht an bestimmte Projekte gebunden ist. Sollte hingegen eine Vorfinanzierung erforderlich

sein, besteht dafür schon jetzt eine gesetzliche Grundlage. Dazu kommt, dass die Initiative nur eine Verbindung vom 4. Gleis zum Bahnhof Tiefenbrunnen vorsieht. Es fehlt die Verbindung zum Zürichbergtunnel. Das Bundesprojekt ist diesbezüglich vollständig und damit auch das bessere Bauprojekt.

«Eigentlich unverständlich, dass die Initiative nicht zurückgezogen worden ist und darüber abgestimmt werden muss.»

Die Initiative ist widersinnig und völlig unnötig. Eigentlich unverständlich, dass sie nicht zurückgezogen worden ist und darüber abgestimmt werden muss. Mit einem NEIN kann und muss sie aus dem Weg geschafft werden.



Der Bahnhof Stadelhofen bildet einen Engpass. Es ist aber nicht Sache des Kantons, diesen zu beseitigen.

Die Jugend muss in der Politik gehört werden

Nadine Burtscher will Jugendlichen Gehör verschaffen

■ RENATO PFEFFER, EVP-JUGENDBEAUFTRAGTER,
RICHTERSWIL

Die Dietikerin Nadine Burtscher ist mit 20 Jahren die jüngste EVP-Gemeinderätin im Kanton Zürich. Sie ist Mitglied im Vorstand des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente. Eines ihrer Hauptziele ist es, die Jugend für die Politik zu begeistern.

Im Februar 2014 wurde Nadine Burtscher als jüngste Gemeinderätin in Dietikon in ihr Amt gewählt. Schon vorher engagierte sich die Psychologiestudentin neben ihrer Freiwilligenarbeit in der reformierten Kirche Dietikon und dem Jugendtreff Geroldswil stark in der Jugendpolitik. So politisierte sie bereits im Jugendparlament von Dietikon. Neu ist sie auch Vorstandsmitglied beim Dachverband Schweizer Jugendparlamente.

«Wir müssen den Jugendlichen ihre Möglichkeiten aufzeigen und sie darin unterstützen.»

Mitten in den Vorbereitungen für ein Sommerlager nimmt sich Nadine Burtscher gerne kurz Zeit, um ein paar Fragen über ihr Engagement und ihre Anliegen in der Politik zu beantworten. Es ist ihr wichtig, junge Christen für die Politik zu begeistern. Dazu motiviert sie ihren Freundeskreis fleissig, an den Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen. Um die jungen Stimmberechtigten an die Urne zu bringen, übernimmt sie gerne mal am Abstimmungssonntag den Fahrdienst ins Gemeindehaus. Auch an Ideen für die Zukunft fehlt es nicht: «Wenn man den Wählern und Wählerinnen am Sonntagmorgen einen kleinen Apéro an der Urne anbieten würde, kämen sicher auch mehr Jugendliche vorbei. Das wäre auch eine



«Ich prüfe Anliegen auf ihre Jugendtauglichkeit», sagt Nadine Burtscher

Möglichkeit, mit den Politikern der Gemeinde persönlich zu sprechen.» Zudem engagiert sich Nadine Burtscher bei Easyvote. Das ist ein Projekt, wo sich junge Wählerinnen und Wähler auf einfache Art und Weise über Wahlen und Abstimmungen informieren können. «Die Politik muss moderner werden und sich uns anpassen, damit sich Jugendliche angesprochen fühlen.»

Der persönliche Kontakt auch über die Generationen hinaus ist ihr ein Anliegen. Die Meinung der Jugend ist gefragt, wenn es um die Zukunft der AHV, die Flüchtlingspolitik und andere brisante Fragen geht. Auch auf Gemeindeebene ist dieser Kontakt unerlässlich. «Wenn es regnet und man sich in der Jugendgruppe der Kirche fragt, wo man denn jetzt hingehen könnte, hat man ein Problem der Jugend erkannt», sagt Nadine Burtscher.

«Die Leiter sollten dann bei der politischen Gemeinde anfragen, was es für Jugendangebote gibt und bei Bedarf auch über die EVP einen Antrag einreichen.»

Die Jugendlichen haben ein politisches Anliegen. Nadine Burtscher ist es wichtig, dass man ihnen ihre Möglichkeiten aufzeigt und sie darin unterstützt. Ein wichtiger Punkt dazu ist, die Politik moderner zu gestalten und die neuen Möglichkeiten auszunützen, die man bekommt. Zudem würde sie es begrüßen, wenn auf kantonaler Ebene ein Jugendparlament bestehen würde, um die Jugendlichen schon im Schulalter auf ihre politischen Möglichkeiten hinzuweisen. Da gäbe es ein grosses Potenzial.

ANZEIGE

Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf (afrikanisches Sprichwort)

familynetwork.ch

familynetwork.ch ist eine christliche Non-Profit-Organisation, die Kindern freilich nicht die Unterstützung eines ganzen Dorfes anbieten kann. Wir setzen uns jedoch dafür ein, Kinder, Jugendliche und Erwachsene, deren Familien gewisse erzieherische Aufgaben vorübergehend oder dauerhaft nicht übernehmen können, in eine passende Pflegefamilie zu platzieren.

Pflegefamilien gesucht

Mehr Informationen unter: www.familynetwork.ch
Kontakt: info@familynetwork.ch
oder Telefon an Frau M. Steiger 062 205 19 50

Dein Baum – Baumpatenschaften Zürcher Oberland

Die EVP Wetzikon ist Patin von einem «Bänkli-Baum»



Margrit Wälti
Henggart

Zwei EVP-Mitglieder von Wetzikon traten an die Öffentlichkeit mit dem Projekt «Baumpatenschaft Zürcher Oberland». Sie wollen erreichen, dass einzelne alte und ökologisch wertvolle Bäume nicht gefällt werden. Für solche geeignete Bäume werden Patenschaften gesucht, damit die Eigentümer entschädigt werden können.

Die EVP-Ortspartei Wetzikon freute sich über die Idee ihrer beiden Mitglieder Stefan Burch und Dominik Scheibler und unterstützte das Projekt trotz leerer Wahlkasse. Kurzum wurde beschlossen, die Patenschaft für einen «Bänkli-Baum» zu übernehmen. Die EVP will damit ein Zeichen setzen für Beständigkeit in unserer schnelllebigen Zeit und den nachfolgenden Generationen einen beschützenden Baum hinterlassen. Sie leistet damit einen wertvollen und nachhaltigen Beitrag



«Chumm sitz und lueg aa, was de Schöpfer hät taal»
Die EVP Wetzikon weicht «ihr» Bänkli ein.

zur Förderung der Waldbiodiversität. Nach der Wahl des Baumes setzte sofort ein Wettfeiern um den besten «Bänklispruch» ein. Schliesslich siegte der Spruch von Hubi Rüegg sen. «Chumm sitz und leg aa, was de Schöpfer hät taal!»

Die EVP freut sich, bei der Felsenbuche im Kemptner Tobel den Wanderern eine Bank zum Verweilen zur Verfügung stellen zu können.

BEHÖRDENMITGLIED



Katharina Schafroth
Nebenamtliche BezirksrichterIn, Dielsdorf

Ich bin EVP-Behördenmitglied, weil ...

- ... ich Menschen zuhören und ihre Anliegen ernst nehmen will
- ... ich Menschen und ihren Familien bei schwierigen Entscheidungen, wo sie selber keinen Weg mehr finden, helfen kann
- ... christliche Werte für meine Arbeit wichtig sind

Pflanzenbestäuber – bald ein neuer Beruf?

Fehlende Futtergrundlage und die Varroa-Milbe verursachen Bienensterben



Gerhard Fischer
Biobauer, EVP-Kantonsrat,
Bäretswil

Schon seit einigen Jahren beobachte ich ein akutes Bienensterben. Hauptgründe dafür sind die Varroa-Milbe und der Einsatz von Pestiziden, aber auch die fehlenden Blumenwiesen.

Letzteres bestätigt auch die Eidgenössische Forschungsanstalt Agroscope. Im Frühling, wenn die Fettwiesen und Ackerkulturen nichts mehr hergeben, fehlen qualitativ hochstehende Blumenwiesen mit einer grossen Blütenvielfalt. Diese liefern den zur Nahrung und zum Aufbau der Bienenbrut lebensnotwendigen Blütenstaub und Blütenpollen präzise dann, wenn sich die Bienenvölker stark entwickeln (aufbauen) müssen.

Die Bienen sind eines der wichtigsten Nutztiere der Welt. Sie sind auf Biodiversität angewiesen.

Wenn sie nicht mehr genügend Futter finden, geht unsere Ernährungssicherheit verloren. Von den 100 Pflanzenarten, mit denen die Menschen zu 90% ihre Ernährung bestreiten, werden mehr als 70 Arten von Bienen bestäubt. Den entscheidenden Beitrag zum Schutz der Bienen und damit auch zum Wohl der kommenden Generationen muss die Landwirtschaft leisten. Sie kann dies nur mit mehr qualitativ hochstehenden Ökoflächen tun, welche übrigens mit der neuen Agrarpolitik auch besser abgegolten werden. Biodiversität ist eben Millionen wert.

Auch die Belastung durch gefährliche Chemikalien muss reduziert werden. Die ökologische Landwirtschaft ist der einzige Weg für einen echten Beitrag zum langfristigen Schutz der Bienen und zu einer gesunden Ernährung.

Schon 2011 und 2012 habe ich den Regierungsrat auf das Bienensterben angesprochen, worauf er u.a. der Schaffung eines gesamtschweizerischen Bienengesundheitsdienstes zustimmte. Auch er sieht den grössten Handlungsbedarf in der



Das akute Bienensterben geht uns alle an

Zurverfügungstellung von genügend Flächen in Feld und Wald in ausreichender Qualität, um die Biodiversität zu erhalten oder neu zu schaffen. Die EVP wird ihm auf die Finger schauen. Ansonsten wird die neue Berufsgattung Pflanzenbestäuber die Arbeit der Bienen übernehmen müssen ...

4 Wochen Ferien für pflegende Angehörige

In der Angehörigenpflege muss sich etwas bewegen



Markus Schaaf
EVP-Kantonsrat,
Zell-Rämismühle

Angehörige, die zu Hause Mitglieder ihrer Familie oder Personen aus ihrem sozialen Umfeld betreuen und pflegen, leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt der Lebensqualität der betreuten Personen. Die Forderung der EVP, dass pflegende Angehörige während 4 Wochen im Jahr von ihren Pflege- und Betreuungsaufgaben entlastet werden, stösst auf grossen Widerstand.

Die schweizerische Arbeitskräfteerhebung von 2007 geht davon aus, dass schweizweit jährlich rund 180 Mio. Stunden unbezahlte Betreuungs- und Pflegeleistungen erbracht werden. Dieses gewaltige Engagement der Angehörigen ist Ausdruck der gelebten Solidarität unter den Generationen. Die Belastung, die Angehörige auf sich nehmen, ist jedoch sehr viel grösser als allgemein angenommen wird. Befragungen zeigen, dass sie dafür nicht in erster Linie ein Entgelt oder steuerliche Anreize erwarten. Viel grösser ist ihr Wunsch nach Unterstützung und Entlastung bei der Pflege- und Betreuungsarbeit. Im Besonderen wünschen sich Angehörige, die rund um die Uhr Pflegedienst leisten, von ihrer Aufgabe eine Auszeit, z.B. in Form von Ferien. Einzelne Heime und Kliniken verfügen bereits über solche Ferienangebote. Es fehlt aber die Übersicht, und niemand kann sagen, ob auch wirklich genügend Angebote vorhanden sind.

Mit ihrer Forderung nach 4 Wochen Entlastungsferien will die EVP die Arbeit von pflegenden

Angehörigen würdigen. Darüber hinaus möchte sie ihnen auch die Möglichkeit zur Regeneration und Erholung verschaffen. Die Pflege von Angehörigen ist nicht nur anstrengend, sondern auch emotional sehr belastend. Pflicht- und Schuldgefühle spielen eine wichtige Rolle, und es braucht einen enorm grossen Leidensdruck, bis sich helfende Menschen eingestehen, dass sie selber Ferien brauchen. Durch die Möglichkeit von Entlastungsferien erhalten sie – quasi vom Staat – die Legitimation, dass sie sich von ihrer verantwortungsvollen Aufgabe für eine kurze Zeit zurückziehen dürfen.

«Es braucht einen enorm grossen Leidensdruck, bis sich helfende Menschen eingestehen, dass sie selber Ferien brauchen»

Leider tut sich der Kanton Zürich mit dem Anliegen von Entlastungsferien für Angehörige sehr schwer. In seiner Stellungnahme zu meinem Postulat versteckt sich der Regierungsrat hinter geplanten Studien des Bundes und verweist auf die Zuständigkeit der Gemeinden. Dabei übersieht er, dass pflegende Angehörige dem Staat Milliarden Franken an Pflegekosten ersparen, die nicht nur von den Gemeinden zu tragen wären, sondern zu einem grossen Teil auch vom Kanton. Dieser würde also erheblich profitieren, wenn er sich gut um pflegende Angehörige kümmern würde.

Dass es auch anders geht, zeigt ein Beispiel aus der deutschen Stadt Heidelberg. Dort haben die Stadt, Hilfswerke, Krankenkassen und Unternehmen ein «Bündnis für Familie» geschlossen. Pflegende Angehörige erhalten gratis Pflegekurse,



Eine Tochter ermutigt ihren Vater, ein paar Schritte zu gehen

einen Unfallversicherungsschutz, berufstätige Personen können für die Angehörigenpflege bis zu sechs Monate freigestellt werden und die Pflegeversicherung ermöglicht während 4 Wochen eine Ersatzpflege, damit sich die Angehörigen in ihren Ferien erholen können.

Von solchen Lösungen sind wir in der Schweiz und im Kanton Zürich noch weit entfernt. Noch immer sind pflegende Angehörige mehr oder weniger sich selber überlassen. Wenn die Politik diesen Zustand weiter akzeptiert und nicht bereit ist, etwas daran zu verbessern, darf sie sich nicht wundern, wenn ihr eines Tages die gesalzene Rechnung – in Form von exorbitanten Pflegekosten – präsentiert wird.

ANZEIGE



Unterstützen Sie
Christen im Irak.

AKTION FÜR
VERFOLGTE CHRISTEN
UND NOTLEIDENDE

AVC
klare worte.
starke taten.

AVC | steht verfolgten Christen bei
AVC | hilft Notleidenden
AVC | macht Jesus Christus bekannt

AVC | www.avc-ch.org
 Tel. +41 (0)32 356 00 80
facebook.com/avcschweiz

Postkonto 25-11156-1
UBS Biel CHF39 0027 2272 5267 2842 0
 SMS an Nr. 488: AVC ... (Betrag)



Wachablösung in der EVP Winterthur

Ruth Kleiber tritt zurück, Nik Gugger und Barbara Huizinga folgen nach

■ LILIAN BANHOLZER, EVP-FRAKTIONSPRÄSIDENTIN, WINTERTHUR

Nik Gugger rückt für Ruth Kleiber in den Kantonsrat nach, Barbara Huizinga übernimmt seinen Gemeinderatssitz. Neue Fraktionspräsidentin ist Lilian Banholzer.

Das Wissen, dass Ruth Kleiber altershalber 2015 nicht mehr zu den Wahlen in den Kantonsrat antreten würde, veranlasste den Vorstand der EVP Winterthur schon vor einem Jahr, sich intensiv um die Nachfolgeregelung zu kümmern. Man war sich rasch einig, dass Nik Gugger den Sitz im Kantonsrat bereits im Herbst 2014 erben sollte. Sehr erfreulich war überdies die Zusage der erstplatzierten Barbara Huizinga-Kauer, dass sie für Nik Gugger in den Gemeinderat nachrutschen würde.

Ruth Kleiber hat eine langjährige politische Karriere hinter sich. 10 Jahre sass sie im Grossen Gemeinderat von Winterthur und war im Amtsjahr 2006/2007 als dessen Präsidentin sogar höchste Winterthurerin. Nach dem Wechsel in den Kantonsrat war sie zwei Jahre Mitglied der Kommission Soziale Sicherheit und Gesundheit und anschliessend drei Jahre in der Aufsichtskommission Wirtschaftliche Unternehmen. Von Beruf Lehrerin und als Präsidentin des Lehrerinnen- und Lehrervereins Winterthur lagen ihre politischen Schwerpunkte naturgemäss hauptsächlich in der Bildung, aber auch bei der Kultur und im Sozialen. Nach ihrem Rücktritt wird sie weiterhin verschiedene politische Aufgaben übernehmen. So bleibt sie unter anderem in der Kirchensynode und arbeitet in verschiedenen EVP-Gremien mit.



v.l.n.r. Ruth Kleiber (Kantonsrätin 2009-2014), Nik Gugger (neuer Kantonsrat), Barbara Huizinga-Kauer (neue Gemeinderätin)

Nik Gugger ist ebenfalls ein erfahrener Politiker. Der 44-jährige Familienvater und Leiter der reformierten Fabrikkirche sass gut 12 Jahre im Gemeinderat Winterthur. Seine Schwerpunkte lagen in der Sozial- und Sicherheitspolitik. Ausserdem vertrat er die Fraktion noch 4 Jahre in der Aufsichtskommission. Der Wechsel in den Kantonsrat ist die logische Folge seines bisherigen politischen Engagements. Dass man ihn gleich zum EVP-Regierungsratskandidaten für die Wahlen von 2015 gekürt hat, zeigt, dass er viel Potenzial mitbringt.

«Winterthur ist die tollste Stadt im Kanton Zürich. Deshalb ist es für mich eine Ehre, dass ich im Gemeinderat mitwirken kann.»

Mit **Barbara Huizinga-Kauer** (34), von Beruf Pflegefachfrau, rückt eine jüngere Person in den Winterthurer Gemeinderat nach. Vor gut 10 Jahren in Affoltern am Albis EVP-Mitglied gewor-

den, hat sie sich dort auch gleich im Vorstand engagiert. Nach ihrem Umzug nach Winterthur im Jahr 2009 war sie wieder bereit, im Vorstand mitzuarbeiten. Ausserdem vertritt sie die Ortspartei im Zentralvorstand der EVP Schweiz. Ihre Schwerpunkte möchte sie bei Gesundheits- und Familienfragen sowie beim Sozialen setzen. Sie sagt: «Winterthur ist die tollste Stadt im Kanton Zürich. Deshalb ist es für mich eine Ehre, dass ich im Gemeinderat mitwirken kann.» Auf sie warten grosse Herausforderungen. Die schwierige Finanzlage von Winterthur setzt die Politik unter Druck.

Es stimmt positiv, dass politische Ämter immer wieder mit fähigen jüngeren Kräften besetzt werden können. Die EVP Winterthur dankt der zurückgetretenen Ruth Kleiber herzlich für ihren Einsatz, wünscht Nik Gugger für sein neues Tätigkeitsgebiet und für den Regierungsrats-Wahlkampf alles Gute und heisst Barbara Huizinga als neue Gemeinderätin herzlich willkommen.

VORSTÖSSE IM KANTONSRAT

Eignerstrategie

Markus Schaaf fordert eine verbindliche Eignerstrategie und strategische Entwicklungsplanung für das Universitätsspital Zürich (USZ). Das Flickwerk muss durch eine klare Strategie ersetzt werden (2014/091 und 2014/118)

Tabakproduktegesetz

Markus Schaaf, Johannes Zollinger und Gerhard Fischer verlangen eine klare Haltung des Kantons gegenüber dem Bund im Tabakproduktegesetz (2014/124)

Rehaklinik

Gerhard Fischer, Markus Schaaf und Walter Schoch wollen die Rehaklinikplätze für Menschen mit hohem Assistenzbedarf in der zukünftigen Höhenklinik Wald fördern (2014/125)

Verwandtenpflege

Markus Schaaf ist der Meinung, dass vier Wochen Entlastung für pflegende Angehörige notwendig sind (2014/146)

Zeitvorsorge

Markus Schaaf verlangt ein System der Zeitvorsorge. Wer älteren Menschen hilft, soll eine entsprechende Pflegegutschrift für sich im Alter erhalten (2014/187)

Nachzählung

Peter Reinhard, Peter Ritschard und Markus Schaaf sind über die Nachzählung nach den Gemeinderatswahlen in der Stadt Zürich empört. Ist eine solche im ganzen Kanton auch nötig, wenn ein Resultat knapp ist? (2014/203)

(pr) Details: www.kantonsrat.zh.ch

Ein Stadtteil mit imponierenden Bauten

Stadtrundgang Zürich-West, organisiert vom EVP-Frauennetzwerk

■ URSI COSSALTER, EVP-PRÄSIDENTIN, WETZIKON

Mit Anne-Lise Diserens, dipl. Architektin ETH SIA, wanderten wir im September durch das Trendquartier, das sich zwischen den Viadukten und dem ehemaligen Hardturmstadion erstreckt. Dabei erfuhren wir, wie es von der einstigen Mono- zur heutigen Mischnutzung kam.

Wo einst an Pfingsten das Vieh auf die Weide getrieben wurde (Pfingstweid) und bis 1980 bedeutende Industriebetriebe viele Arbeitsplätze anboten, entsteht ein Wohn-, Arbeits-, Bildungs- und Kulturquartier. Die Umnutzung begann mit dem Escher-Wyss-Gebäude zum Kultur- und Werkzentrum des Schauspielhauses. Dank dem Einsatz von Christoph Marthaler wurde auch ein Theater gebaut. Es war der Beginn von «Bauen im Raum», d.h. ein moderner Bau wurde in die alten Mauern hinein gesetzt. Wir bestaunten den riesigen, eigens angefertigten Murano-Glas-Lüster im Restaurant Lasalle.

1993 wurde am Turbinenplatz der Technopark und im Jahre 2000 der Hoteltrakt mit Novotel, Ibis und Etap gebaut. Zum Glück hat sich Stadträtin Ursula Koch damals vehement für einen Anteil Wohnraum in den neuen Gebäuden eingesetzt. Ein Beispiel dafür ist «Puls 5», die ehe-



Das EVP-Frauennetzwerk besichtigt das boomende Zürich-West

malige Giessereihalle. Hier gibt es heute Läden, Dienstleistungen, Wohnen und Arbeiten. Vom Gleisbogenpark spazierten wir über die faszinierende Fussgängerbrücke zum Primetower, dem mit 126 Metern höchsten Hochhaus der Schweiz. Den interessanten Abend beschlossen wir mit der «Fahrt» hoch zum «clouds», wo feine Apéro-Häppchen auf uns warteten.

Nächster Anlass: Am Samstag, 15. November 2014, 9.15–17.00 Uhr findet in der Universität Zürich die 5. überparteiliche Frauentagung «Meinungsmacherinnen» für Politikerinnen und politisch interessierte Frauen statt. Kantonsratspräsidentin Brigitta Johner ist als Referentin anwesend und Bundesrätin Simonetta Sommaruga sucht den Dialog mit den Teilnehmerinnen. (www.frauenzentrale-zh.ch)

EVP-«Standaktion» an der Züspa in Zürich

Unterschriftensammlung für «Faires Wahlrecht für Züri»

■ PETER RITSCHARD, EVP-KANTONS RAT, ZÜRICH

Die Züspa, die traditionelle Zürcher Herbstmesse vor den Herbstferien in Oerlikon, wird jeweils von 100 000 interessierten Leuten besucht. Die EVP war mit einem Stand dabei. An 10 Tagen vertraten über 50 EVP-Mitglieder die Anliegen der christlichen Mittepartei.

So konnten viele wertvolle Gespräche geführt werden. Im Gegensatz zu den üblichen Standaktionen auf dem Dorfplatz profitierten wir bei dieser Indoor-Veranstaltung davon, dass es nicht so kalt war wie bei den meisten Anlässen vor Wahlen. Zudem erreichten wir nicht nur das lokale Publikum, denn von den Besuchern der Züspa stammen nur 30% aus der Stadt Zürich. Weitere 50% kommen aus dem übrigen Kanton und 20% sogar aus weiteren Kantonen.

An den Podiumsdiskussionen mit den Medienpartnern Tages-Anzeiger, Tele Züri und Radio 24 an der Züri Arena konnten mehrere EVP-Exponenten teilnehmen. So konnte die EVP das Live-Marketing nutzen, um sich bei den Wählerinnen und Wählern in Erinnerung zu halten.

Nicht zuletzt konnten an der Züspa auch für die Stadtzürcher Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt!» Unterschriften gesammelt werden. Sie ist für die EVP der Stadt Zürich, die bei den letzten Gemeinderatswahlen an der 5%-Hürde gescheitert ist, überlebenswichtig. Eine erfolgreiche Stadtzürcher EVP ist auch für die kantonale EVP wichtig, denn im geltenden Wahlverfahren mit dem «doppelten Pukelsheim» haben die Stimmen aus der Stadt bei den Kantonsrats- und Regierungsratswahlen ein grosses Gewicht. (Initiativbogen unter www.evpzuerich.ch)



EVP-Stand an der Züspa mit Nik Gugger, Margrit Wälti, Peter Ritschard

Zürcher Landeskirche engagiert sich für Christen im Irak

Ein Gespräch mit Kirchenratspräsident Michel Müller

■ RENATO PFEFFER, EVP-JUGENDBEAUFTRAGTER, RICHTERSWIL

Die Reformierte Zürcher Landeskirche ist bestürzt über das Ausmass der Christenverfolgung im Irak durch die Fanatiker des «Islamischen Staats». Sie ruft die Kirchgemeinden zur Solidarität auf und unterstützt über Hilfswerke die Flüchtlinge. Vom Bundesrat fordert sie mutiges Handeln.

Der Zürcher Kirchenratspräsident Pfarrer Michel Müller begegnete kürzlich als Delegierter des Schweiz. Evang. Kirchenbundes (SEK) an einer Konferenz der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Schweiz (AGCK) dem Erzbischof der syrisch-orthodoxen Kirchen in der Schweiz und in Österreich, Dionysios Isa Gürbüz. Der Erzbischof schloss seinen Bericht in Genf mit den Worten: «Wir sind in einem heftigen Sturm, angegriffen von Wellen des Bösen, und wir hoffen, dass ER aufsteht und den Sturm zum Schweigen bringt.» Michel Müller erzählt tief beeindruckt: «Der syrisch-orthodoxe Erzbischof vertritt das Patriarchat von Antiochia, das als eines der ältesten der gesamten Weltchristenheit gilt. Seit fast 2000 Jahren wird in dieser Weltgegend das Vaterunser in der Sprache Jesu gebetet, und nun soll es zum Verstummen gebracht werden? Wird damit nicht der Augapfel angetastet?»

Seit einigen Jahren unterstützt die Zürcher Reformierte Landeskirche die Christen im Nordirak und in der Türkei direkt. Sie stützt sich für die nötigen Verbindungen auf das einheimische ökumenische Hilfswerk «Christian Aid Program Northern Iraq» (CAPNI), um den verfolgten Brüdern und Schwestern so gut wie möglich Hilfe zukommen



Kirchenratspräsident Michel Müller und die Landeskirche sind bestürzt über die Christenverfolgung

zu lassen. CAPNI hat ein grosses Nothilfeprojekt für die Flüchtlinge gestartet. Es verteilt dringend nötige Lebensmittelpakete, Hygieneartikel, Matratzen, Wassercontainer und Medikamente. Die Lage ist dramatisch. Die Menschen sind auf breite internationale Unterstützung und die Solidarität der weltweiten Kirche angewiesen. Der Kirchenrat bittet deshalb die Kirchgemeinden eindringlich, die Not der verfolgten Christen und der anderen religiösen Minderheiten im Irak in den Gottesdiensten zum Thema zu machen und in die Fürbitten aufzunehmen. Und er bittet Kirchgemeinden und Einzelpersonen, das Nothilfeprojekt von CAPNI mit grosszügigen Kollekten und Spenden zu unterstützen.

Gefordert ist auch der Staat. Michel Müller erwartet auf der politischen Ebene vom Bundesrat, dass die Schweiz syrische Flüchtlinge aufnimmt und als Zeichen der Solidarität den syrisch-orthodoxen Patriarchen empfängt.

ZUR PERSON

Michel Müller, geb. 1964 in Basel, wohnhaft in Thalwil, verheiratet, 3 Kinder seit 2011 Kirchenratspräsident
Spenden für CAPNI-Nothilfe an Postkonto 80-2020-8 der Reformierten Landeskirche (Vermerk: Konto 200 510 CAPNI)

EVP-Wettbewerb. Gewinnen Sie.

Mit dem CLICK reduzieren Sie unnötigen Standby-Verbrauch. Zudem sponsern die EKZ Ökostrom für CHF 150.–, bestätigt mit einem persönlichem Naturstrom-Zertifikat.

Lesen Sie das EVPinfo aufmerksam durch und beantworten Sie nachstehende Fragen:

Frage 1: Wieviele Wochen Ferien sollen pflegende Angehörige erhalten? (Seite 6)

Frage 2: Wie heisst die neue Winterthurer Gemeinderätin? (Seite 7)

Absender (Name, Vorname, Ort, Tel.):



Wir bringen Energie



Gewinnerin Ausgabe Nr. 136:
Frau Marion Meier, Rüti

Einsendeschluss:
Einsendeschluss: 30. Nov. 2014

Senden an: EVPinfo, c/o EVP
Kanton Zürich, Josefstr. 32,
8005 Zürich, Fax 044 271 43 03,
sekretariat@evpz.ch



Walter Kienast
 Marktgasse 66
 8400 Winterthur
 Tel. 052 202 15 21
 kienast-sport@bluewin.ch



Nachhaltig, behaglich bauen – mit Schuler Holzbausystem

Das von uns entwickelte und in Rothenthurm produzierte Massivholzsystem ermöglicht technisch, wirtschaftlich und gestalterisch hervorragende Holzbaulösungen für Neubauten, Aufstockungen und Anbauten. Auch astfreie Holzoberflächen, aus Schweizer Nadelholz, formaldehydfrei verleimt.
 Pius Schuler AG, 6418 Rothenthurm, Tel. 041 839 80 80, Kontakt: gerhard.gysel@pius-schuler.ch

Abstimmung vom 30. November

Kleinere
 Klassen für
 eine grosse
 Zukunft.

2 x JA

zur Volksinitiative
 Klassengrösse

www.klassengroesse.ch



Weihnacht-Geschenk-Idee:

Schenken Sie schöne Ferien im Tessin!



Hotel Paladina
 Via Paladina - CH-6984 Pura

Tel. +41 91 611 20 00 - mail@paladina.ch
 www.paladina.ch



GEWERBE

PFISTER KUGLER & PARTNER
 DIE PR-AGENTUR FÜR KOMMUNIKATION UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
 Aargauerstrasse 250, 8048 Zürich
 Tel. 044 365 30 90, info@pfister-kugler.ch

P+S Werbung AG
 Grafik, Werbung, Beschriftungen
 Weieracherstr. 10, 8184 Bachenbülach
 Tel. 044 864 40 40, mail@pswerbung.ch

FOTO WELTI AG
 Lindenplatz 4, 8048 Zürich
 Tel. 044 431 11 31, office@fotowelti.ch

saldor treuhand ag
 Allmendstrasse 14, 8320 Fehraltorf
 Tel. 043 355 78 78, Fax 043 355 78 79
 www.saldor.ch, andreas.bieri@saldor.ch

Baugenossenschaft Josefstrasse 32
 Verwaltung der EVP-Liegenschaften
 Josefstrasse 32, 8005 Zürich
 Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03
 sekretariat@bgj32.ch, www.bgj32.ch



beutterküchenag
 myKüche.ch



Klaviere & Flügel

Stimmungen, Reparaturen
 Occasionen, Mieten, Expertisen;
 Rabatt für alle Mitglieder

Theo Meier (EVP Adliswil)

Klavierbaumeister, Konzertstimmer
 Finsterrütistrasse 32, 8134 Adliswil
 Tel 044 710 74 65 / 079 668 47 85
 Fax 044 710 77 38 / mail@klavier-meier.ch / www.klavier-meier.ch



Wir machen schön Druck!

Kasernenstrasse 4 T 044 860 61 40 info@gndruck.ch
 8184 Bachenbülach F 044 860 61 92 www.gndruck.ch

Die EVP vor dem Super-Wahljahr 2015

Für den Regierungsrat Nik Gugger, für den Nationalrat Maja Ingold

■ PETER REINHARD, GESCHÄFTSFÜHRER EVP KANTON ZÜRICH, KANTONS RAT, KLOTEN

Am 12. April 2015 werden Kantons- und Regierungsrat gewählt. Am 18. Oktober 2015 folgen die Wahlen in den Nationalrat und den Ständerat. Die EVP will dem evangelischen E in Kanton und Bund eine stärkere Stimme geben.

Bei den Erneuerungswahlen 2011 wurde die EVP-Fraktion im Kantonsrat von 10 auf 7 Sitze geraduziert. Schuld daran war nicht etwa wie in der Stadt Zürich das Wahlsystem, sondern ein Verlust an Wählerstimmen, die insbesondere an die neuen Mitte-Parteien weggingen. Die GLP hat sich inzwischen als ernst zu nehmende politische Kraft etabliert, während die BDP ihren Platz immer noch sucht. Mit der Konkurrenz durch CVP, EDU und FDP ist weiterhin zu rechnen. Die Pol-Parteien zur Linken und zur Rechten ziehen dagegen potenzielle EVP-Wähler kaum an, denn diese wünschen eine lösungsorientierte Politik und können der Konfrontation um der Konfrontation willen wenig abgewinnen.

Die Ausgangslage ist schwierig. Die EVP will ihre alte Stärke von 10 Sitzen im Kantonsrat zurückgewinnen. Wenn es darüber hinaus gelingt, mit Nik Gugger eine neue Generation in den Regie-



Die EVP-Kantonsratsfraktion im Bild: Johannes Zollinger, Ruth Kleiber (ersetzt durch Nik Gugger), Walter Schoch, Markus Schaaf, Peter Ritschard, Nik Gugger, Peter Reinhard und Gerhard Fischer

rungsrat zu bringen, hätte die Partei allen Grund zu grosser Dankbarkeit.

In der Kantonsratsfraktion finden die Wachablösungen während der Amtsdauer und nicht bei den Erneuerungswahlen statt. So treten also alle 7 EVP-Kantonsräte 2015 wieder an: Gerhard Fischer (Wahlkreis Hinwil), Nik Gugger (Winterthur-Stadt, im September 2014 nachgerückt für Ruth Kleiber), Peter Reinhard (Bülach), Peter Ritschard (Stadt Zürich), Markus Schaaf (Winterthur-Land), Walter Schoch (Pfäffikon) und Johannes Zollinger (Horgen). Sitzgewinne strebt die EVP u.a. an

mit Claudia Rabelbauer (Stadt Zürich), Kurt Leuch (Dietikon), Walter Meier (Uster), Ursi Hänni (Meilen) und Daniel Sommer (Affoltern a.A.). Bei den Nationalratswahlen tritt Maja Ingold wieder an.

Engagiert hat sich die EVP-Fraktion in allen Politikbereichen. Ihre Schwergewichte lagen bei der Bildung (z.B. Klassengrösse-Initiative), im Sozialen (Entlastung für pflegende Angehörige), im Umweltschutz (Uferwege und Kampf gegen das Bienensterben) und im Kampf für günstigen Wohnraum und für mehr Steuergerechtigkeit. Die EVP ist also für das Super-Wahljahr 2015 gerüstet.

Aus Überzeugung!



JA
ZUM **LEBEN**

prolife.ch
info@prolife.ch
Telefon: 0848 870 870

PRO LIFE

Menschliches Leben schützen. Seit 1989.

90%

an Zahnstellungskorrekturen / Zahnspangen

75%

an die Zahnartzkosten von Kindern

%

Viele Spar-Vorteile und Rabatte bei der Krankenkasse

100
CHF
400

Geburtengeld / Adoptionsgeld

PRO
LIFE
FAMILY

Familien-Mehrwertportal im Internet



Kompetente Beratung in allen Versicherungsfragen

Wir wissen wie Familien gut versichert sind!

AGENDA

Wahlen 2015

29. Oktober, 17.00 Uhr
Winterthur, Fabrikkirche
Motivations-Workshop für Kandidierende

Webbasierte Adressverwaltung

11. November, 18.15–20.45 Uhr
Zürich, Josefstrasse 32, EVP-Sekretariat

Überparteiliche Frauentagung

15. November, 9.15–17.00 Uhr
Zürich, Universität
«Meinungsmacherinnen 2014»

Abstimmungen

30. November

Delegiertenversammlung EVP ZH

9. Dezember, 19.15 Uhr
Zürich, Sihlstrasse 33, Glockenhof
Abstimmungen 8. März/Wahlen

Kantons-/Regierungsratswahlen

12. April 2015
EVP-Liste 7 und Nik Gugger, Regierungsrat

Weitere Details: www.evpzh.ch (Termine),
sekretariat@evpzh.ch, Tel 044 271 43 02

PAROLEN

Abstimmungen vom 30. November 2014

Bund

- JA** VI Abschaffung der Pauschalbesteuerung
- NEIN** VI Stopp der Überbevölkerung (Ecopop)
- NEIN** Gold-Initiative

Kanton Zürich

- JA** Staatsbeitrag von CHF 76,4 Mio. an die Tramverbindung Hardbrücke
- VI Mehr Qualität im Unterricht dank kleinerer Klassen**
- JA** A. EVP-Klassengrössen-Initiative
- JA** B. Gegenvorschlag (Änderung Lehrpersonalgesetz)
- STICHFRAGE** A (für Initiative)
- NEIN** VI Bahnhof Stadelhofen

Details: www.evpzh.ch (Wahlen/Abstimmungen)



CARTOON



Dichtestress im Schulzimmer. Der EVP-Güggel weiss Rat. Er will das Problem mit der Klassengrössen-Initiative lösen und tröstet verzweifelte Lehrpersonen und Schüler.

Impressum

Redaktion: Peter Reinhard (pr), Kloten. **Redaktionsteam:** Lilian Banholzer (lb), Winterthur, Renate Herren (rh), Adlikon ZH, Renato Pfeffer (rp), Richterswil, Peter Ritschard (pri), Zürich, Erika V. Rüedi-Meier, Zürich (erm), Peter Schächli (ps), Wädenswil, Dominik Schmid (ds), Männedorf, Margrit Wälti (mw), Henggart, Johannes Zollinger (jz), Wädenswil. **Freie Mitarbeiter/-innen:** Hanspeter Amstutz, Fehraltorf, Ursi Cossalter, Wetzikon, Gerhard Fischer, Bäretswil, Michel Müller, Thalwil, Markus Schaaf, Zell/Rämismühle. **Cartoon:** Christoph Heuer, pül cartoons, Zürich. **Herausgeber/Inserate:** EvoPa-Verlag, c/o EVP ZH, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, sekretariat@evpzh.ch, Tel. 044 271 43 02, Fax 044 271 43 03, www.evpzh.ch. **Adressverwaltung:** EVP Schweiz, Postfach 294, 3000 Bern 7, Tel. 031 351 71 71, info@evppev.ch. **Druck/Versand:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, Postfach, 8021 Zürich 1. **Abonnement:** Einzel CHF 29.80, Gruppen CHF 1.00. **Postkonto:** 87-467939-4. **Auflage:** Druck: 42 500; WEMF-beglaubigt 36 673. **Erscheinungsweise:** 4 x jährlich. **Verschiedenes:** Namentlich gezeichnete Artikel, Inserate und Beilagen müssen nicht die Meinung von Redaktion und/oder EVP ZH wiedergeben.